

Neos setzen auf Transparenz: 2,8 Millionen Euro für Wien-Wahlkampf!

Neos setzen 2,8 Millionen Euro für den Wiener Wahlkampf ein. Reformen stärken finanzielle Transparenz und Kontrolle.

Wien, Österreich - Die Neos setzen für die Wiener Gemeinderatswahl am 27. April 2025 ein Wahlkampfbudget von rund 2,8 Millionen Euro ein. Diese Ausgaben liegen unter der gesetzlichen Höchstgrenze von fünf Millionen Euro und auch unter der selbst gesetzten Grenze von drei Millionen Euro. Laut **Kosmo.at** umfasst das Budget sowohl bereits angefallene als auch geplante Kosten für die letzte Woche des Wahlkampfes.

Philipp Kern, der Landesgeschäftsführer der Neos Wien, betont die Notwendigkeit finanzieller Transparenz im Vorfeld der Wahl. Im Vergleich zur Nationalratswahl haben die Neos 3,5 Millionen Euro ausgegeben, was 700.000 Euro mehr ist als für die aktuelle Wiener Wahl. Trotz dieser Ausgaben bleiben die Neos die kostengünstigste Partei im Parlament.

Strengere Vorgaben und neue Regelungen

Die im Wiener Landtag beschlossene Reform der Parteifinanzierung beinhaltet einen einstimmigen Beschluss zur Neustrukturierung des Stadtrechnungshofes. Damit wird dieser als eigenes Organ etabliert und erhält erweiterte Kontrollmöglichkeiten. Die Reform sieht vor, dass die Wahlkampfkostenobergrenze um 1 Million Euro gesenkt wird und bei deren Überschreitung strenge Sanktionen drohen. Diese Maßnahmen sollen sicherstellen, dass die finanziellen Mittel der

Parteien transparent genutzt werden und Missbrauch verhindern, wie er in der Vergangenheit insbesondere bei der ÖVP vorkam.

Seit der Reform sind Parteien verpflichtet, eine Woche vor dem Wahltag einen ersten Bericht über ihre Wahlwerbungsaufwendungen vorzulegen. Kern erwartet daher, dass auch die anderen politischen Mitbewerber ähnlich transparent mit ihren Finanzen umgehen. Bisher haben nur die Neos und die Grünen, die rund 2,9 Millionen Euro einkalkulieren, ihre Wahlkampfbudgets veröffentlicht. Die ÖVP, SPÖ und FPÖ haben hingegen keine konkreten Zahlen veröffentlicht, bekräftigen jedoch ihre Einhaltung der gesetzlichen Obergrenzen.

Bedeutung der Transparenz

Die Regulierung der Parteienfinanzierung ist ein zentraler Aspekt, um das Vertrauen der Bürger in das politische System aufrechtzuerhalten. Studien belegen, dass eine transparente Finanzierungsstruktur das Risiko von Korruption reduzieren und den Wettbewerb zwischen Parteien fördern kann. Rund 169 Länder haben bereits spezifische Regelungen zur Parteienfinanzierung eingeführt, die von Offenlegungspflichten bis zu Obergrenzen für Spenden reichen, wie von **Das Wissen** dargelegt.

Die neuen gesetzlichen Vorgaben in Wien versuchen, eine Balance zwischen der Freiheit der politischen Meinungsäußerung und der Vermeidung von finanziellen Interessen an politischen Entscheidungen zu erreichen. Ein unabhängiger Parteiensanktionssenat soll künftig Verstöße gegen die neuen Regeln ahnden und bei falschen Angaben im Wahlwerbungsbericht Geldbußen bis zu 50.000 Euro verhängen.

Diese Schritte zur Verbesserung der Transparenz und zur Regulierung der Parteienfinanzierung sind ein wichtiges Signal für die politische Verantwortung und das Vertrauen der Bürger.

Die Reformen könnten als Modell für weitere positive Entwicklungen in der politischen Landschaft dienen, indem sie demokratische Werte stärken und unnötige Einflussnahme von Großspendern vermeiden.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kosmo.at• wien.neos.eu• das-wissen.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at